

Beratung des Staats und zwar zunächst des Staats des Ministeriums für Handel und Gewerbe. Staatsminister Hoffmann hält es für erforderlich, der Beratung dieses Staats einige kurze Bemerkungen dieses Ministeriums vorauszuschicken, weil über den Umfang derselben vielfach trügerische Aufassung verbreitet sei. Die Hauptthätigkeit des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe sei die Wirkung bei der Vorbereitung der Reichsgesetzgebung für Handel und Gewerbe, und die Leitung des Ministeriums wurde deshalb dem Staaten übertragen, welcher dem betreffenden Minister der Reichsvorsteher vorstand. Zugleich aber wäre es falsch anzunehmen, daß das Ministerium nur eine untergeordnete Thätigkeit zu entwenden habe. Es lebtobt die handelspolitische Thätigkeit des Reiches sich gestalte, um so mehr werde die Wirkung des Ministeriums für Handel und Gewerbe zunehmend. Das ist auch der Grund, weshalb das handelspolitische Treiben kommt. Wenn die handelspolitische Handelsaufsicht treiben könne, wenn dann ist sie nicht untergeordneter Natur. Es würde daher kein, wenn das Handelsministerium bei der Staatsberatung finanzmässig behandelt werde. Der Minister bittet hieran, auf den Staat stellte eingehend die Wünsche, entgegen dem Antrag der Budgetkommission bei Kapitel 67 Tit. 4, die Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark zu bewilligen. Die kontrahente Streichung würde zur Folge haben, daß eine Anzahl Beamten des Handelsministeriums gegenüber den entsprechenden Beamten der anderen Ministerien eine Beleidigung erfahren.

Hierauf gedenkt die Einnahmen mit 285,909 Mark ohne Diskussion genehmigt. — Zu Titel 1 der Ausgaben macht Abgeordneter Seiffert (Freis.) darauf aufmerksam, daß die Schläfner in den Städten durch den Schlachtwaggon gegenüber den Schläfern vom Lande, die einem solchen Zwang nicht unterwerfen sind und viel Fleisch in die Städte einführen, ein beträchtliches sind. Es würde sich vielleicht empfehlen, das in die Städte vom Lande eingeführte Fleisch einer Unterstufung zu unterwerfen, so wie es in den Schlachtwagen stattfinde.

Staatsminister Hoffmann erwidert, daß diese Angelegenheit den Gegenstand der Beratung des Ministeriums bilde und möglicherweise noch in der gegenwärtigen Session dem Hause eine Vorlage darüber zugehen werde.

Abgeordneter Krapp macht darauf aufmerksam, daß die Untersuchung auf Trübsam in vielen Landestümern noch sehr im Angange steht.

Hierauf wird Titel 1—3 der Ausgaben bewilligt, zu Titel 4 wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark mit geringer Majorität abgelehnt, die Stelle somit beibehalten. Die zu Titel 9 beantragte Fünftausende für den Centralbüro, Postfach mit 1200 Mark wird auf den Antrag der Budgetkommission, entsprechend dem Verfahren des Hauses bei den vorhergehenden Beratungen der Guts der anderen Ministerien, gestrichen. Kapitel 67 wird hieran genehmigt.

Bei Kapitel 68 Titel 3 meint der Abgeordnete Dr. Franz die Thätigkeit der Gewerberäthe und Fabrikinspektorate und macht darauf aufmerksam, daß eine Beratung des Ministeriums die Fabrikinspektorate anweise, in den Werkstätten, die unter Staatsleitung stehen, keine ordentliche Revision wie in den Privat-Werkstätten vorzunehmen. Eine derartige Unterordnung zwischen Privat- und Staatswerkstätten ist ungünstig. Serner sei es ein Uebelstand, daß die Gewerberäthe und Fabrikinspektorate zum Theil private Nebenämter innehaben, durch welche leicht eine Kollusion mit ihren so wichtigen amtlichen Plächen verhindert werden können.

Staatsminister Hoffmann führt aus, daß die Leiter von Staatswerkstätten in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte schon zur strengen Beachtung aller gelesenen Vorrichtungen berechtigt sind. Fabrikbetriebes verpflichtet seien und das daher die Aufsicht des Fabrikinspektors in den staatlichen Werkstätten nicht so streng durchgeführt zu werden scheint. Die Reaktion der Gewerberäthe und Fabrikinspektoren hätte sich sehr zu einer Kollusion mit den amtlichen Ämtern des betreffenden Beamten gefügt.

Hierauf werden die Ausgaben mit 1.481,391 Mark ohne weitere Diskussion genehmigt. Gegen die ehemaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Bei dem Gut der Staatsarchivie macht Abgeordneter Schmidt (Stettin) darauf aufmerksam, daß über die schwere Ungleichheit des Materials der Archivie vielfach Klage geübt wurde. Ferner würden die Kuntzstunden von den Archivbeamten sehr viel zu Privat-arbeiten benutzt.

Regerungscommissionär Dr. v. Sybel meint noch, daß die erhöhten Bedürfnisse unbedingt seien und sich lediglich auf eine Ausgabe eines Professors Grimm zurückführen ließen, der fälschlich sich bei der Entteilung von Dokumenten aus einem Archiv für beunrechtfertigt habe.

Abgeordneter Bachem wirft den ans den Archiven hervorgehenden wissenschaftlichen Publikationen Mangel an Objektivität vor. Die Parteilichkeit des Leiters der Archivie, der zu jeder Zeit im Parteidienst gefassten habe, lasse allerdings vermuten, daß er und die ihm unterstellten Organe im Dienste einer ganz bestimmten historischen Schule, nämlich der "Wittenberg-Schule", standen. Er beantragt deshalb eine Resolution dahingehend: Die Erwartung aussprechen, daß die für die Publikationen aus den Staatsarchiven bestimmten Summen lediglich zur Herausgabe von Quellenmaterial verwendung werden.

Abgeordneter Dr. Lieber kommt ausführlich auf den Fall des oben genannten Professors Grimm zurück und sucht nachzuweisen, daß es allerdings keine, als ob die Archive lediglich zur Benutzung der Archivare zu waren. Regerungscommissionär Dr. v. Sybel widerlegt in längerer Ausführung die Behauptungen des Dorenders.

Abgeordneter Dr. v. Gennet stellt sich Namens seiner Partei gegen die von dem Abgeordneten Bachem beantragte Resolution. Dieselbe enthalte hauptsächlich ein Mitherrschaftsrecht, alle pratriotische Geschichtsschreibung. (Oho, im Centrum.) Die Behauptungen der Reichsvorsteherin seien eine wesentliche Forderung der Geschichtsschreibung, für die man die Partei schulde. (Beifall lösst.)

Abgeordneter Schmidt (Stettin) erklärt sich gegen die Resolution des Abgeordneten Bachem, welche eine Genur der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung beinhaltet.

Abgeordneter Dr. Petri trifft für die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung der Archivbeamten ein und hält die Resolution des Abgeordneten Bachem abzulehnen. In ähnlichem Sinne äußert sich der Abgeordnete Dr. Gneist. — Abgeordneter Bachem wendet sich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Dr. v. Gunn. — Abgeordneter v. Minnigerode erklärt sich gegen die Resolution Bachem unter der Voraussetzung, daß die Archivberatung von der ihr zugeschobenen Nachvollkommeneit einer möglichst vorführlichen und unparteiischen Gebrauch machen werde. Dies sei um so mehr zu wünschen, als eine so „pronuncierte“ Parteidienlichkeit“ an der Spitze der Archivberatung stehe. (Oho lösst.)

Abgeordneter Windhorst. Eine patriotische Geschichtsschreibung gebe es garnicht, sondern nur eine wahre und objektive Geschichtsschreibung. Diese sei von allen Parteien anzustreben; war in die Geschichtsschreibung besondere Empfindungen und Gefühle hineinbringe, der gerade in die Gefahr, die Geschichte zu fördern. An der Spitze der Archivie stehe gegenwärtig kein objektiver Mann, sondern ein Parteimann. Einem

Berliner Tageblatt. Nr. 12.

Koalitionen an die Spitze dieser Behörde zu bringen, gelte in Preußen allerdings für unmöglich. Er hoffe, die heutige Diskussion werde die Archiv-Beratung vorlängiger in ihrem Verfahren machen.

Regerungscommissionär Dr. v. Sybel vertheidigt nochmals seine Behauptung, daß die Publikationen der Archivbeamten durchaus objektiv gehalten seien.

Abgeordneter Dr. Petri erklärt, daß es ihm scheine, als ob das Central die Ansprüche gegen den Direktor der Staatsarchivie nur deshalb herbeigeholt habe, weil der frühere Direktor des

Archivs in dem „Schr richtig!“

Abgeordneter Schmidt fordert eine Resolution nach der Erklärung des Abgeordneten v. Minnigerode zurück.

Abgeordneter Dr. Petri nimmt unter dem Beifall des Hauses die Resolution wieder auf, worauf die Diskussion geschlossen wird. Nach verästlichen Bemerkungen der Abgeordneten v. Heermann, v. Gump und Windhorst wird die Resolution Petri (Bachem) unter Heiterkeit des Hauses abgelehnt, der Staat bestätigt. Bei Schluß des Blattes läuft das Haus in der Staatsberatung fort.

Legte Nachrichten.

Deutschland.

Berlin, 8. Januar. (Wolfs' Bür.) Eine unter den leidenschaftlichen Anhänger des Altherthums, die unter dem Namen der Deutschen National-Partei (DNP) auftritt, hat die Wahlkampf-Konferenz in Berlin am 1. April von der lauernden Ober-Postdirektion in Potsdam auf diejenige in Berlin übergeben.

England.

London, 8. Januar. (Wolfs' Bür.) Die Regierung von Irland hat beschlossen, aus den leidenschaftlichen des Kirchenfonds des 250,000 Pfund. Befreiung, für Anlage von Bauten auf Steuerung des Posthauses vorzusehen. „Daily News“ zufolge wird der neu ernannte russische Postchef, Fürst Lobanoff, gegen den 19. d. Januar erwartet.

Italien.

B. Rom, 7. Januar. (Privat-Telegramm des Berliner Tageblattes) Die Initiatoren des Bautens erreichten bei der Abberatung des B. Rom, 7. Januar. (Privat-Telegramm des Berliner Tageblattes) die Zustimmung des Staates Monza und Rom, die als Vertretungen Jacobins gilt. Es besteht in Italien ein Bauten und Parcours haben in der Hauptsache eine Interpellation über die Bauten.

B. Rom, 8. Januar. (Privat-Telegramm des Berliner Tageblattes) Bogenfert präsidierte der Raup. der Cardinals-Pongregation warten die Verhandlungen mit Berlin. — Die „Fusse“ erfüllt, obgleich das Urteil noch nicht verfüllt ist, daß der Appellhof Garibaldi die Ehe aufstößt. — Auch der Deput. B. Rom, B. Rom, 8. Januar. (Privat-Telegramm des Berliner Tageblattes) Bogenfert präsidierte der Itali. irredenta, hat in Rom die Interpellation wegen der Reaktionen Prezzanos angemeldet. Sie ist jedoch auf Trübsam in vielen Landestümern noch sehr im Angange.

Hierauf wird Titel 1—3 der Ausgaben bewilligt, zu Titel 4 wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark mit geringer Majorität abgelehnt, die Stelle somit beibehalten. Die zu Titel 9 beantragte Fünftausende für den Centralbüro, Postfach mit 1200 Mark wird auf den Antrag der Budgetkommission, entsprechend dem Verfahren des Hauses bei den vorhergehenden Beratungen der Guts der anderen Ministerien, gestrichen. Kapitel 67 wird hieran genehmigt.

Bei Kapitel 68 Titel 3 meint der Abgeordnete Dr. Franz die Thätigkeit der Gewerberäthe und Fabrikinspektorate und macht darauf aufmerksam, daß eine Beratung des Ministeriums die Fabrikinspektorate anweise, in den Werkstätten, die unter Staatsleitung stehen, keine ordentliche Revision wie in den Privat-Werkstätten vorzunehmen. Eine derartige Unterordnung zwischen Privat- und Staatswerkstätten ist ungünstig. Serner sei es ein Uebelstand, daß die Gewerberäthe und Fabrikinspektorate zum Theil private Nebenämter innehaben, durch welche leicht eine Kollusion mit ihren so wichtigen amtlichen Plächen verhindert werden können.

Staatsminister Hoffmann führt aus, daß die Leiter von Staatswerkstätten in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte schon zur strengen Beachtung aller gelesenen Vorrichtungen berechtigt sind. Fabrikbetriebes verpflichtet seien und das daher die Aufsicht des Fabrikinspektors in den staatlichen Werkstätten nicht so streng durchgeführt zu werden scheint. Die Reaktion der Gewerberäthe und Fabrikinspektoren hätte sich sehr zu einer Kollusion mit den amtlichen Ämtern des betreffenden Beamten gefügt.

Hierauf gedenkt die Einnahmen mit 285,909 Mark ohne weitere Diskussion genehmigt. Gegen die ehemaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Bei dem Gut der Staatsarchivie macht Abgeordneter Schmidt (Stettin) darauf aufmerksam, daß über die schwere Ungleichheit des Materials der Archivie vielfach Klage geübt wurde. Ferner würden die Kuntzstunden von den Archivbeamten sehr viel zu Privat-arbeiten benutzt.

Abgeordneter Krapp macht darauf aufmerksam, daß die Untersuchung auf Trübsam in vielen Landestümern noch sehr im Angange steht.

Hierauf wird Titel 1—3 der Ausgaben bewilligt, zu Titel 4 wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark mit geringer Majorität abgelehnt, die Stelle somit beibehalten. Die zu Titel 9 beantragte Fünftausende für den Centralbüro, Postfach mit 1200 Mark wird auf den Antrag der Budgetkommission, entsprechend dem Verfahren des Hauses bei den vorhergehenden Beratungen der Guts der anderen Ministerien, gestrichen. Kapitel 67 wird hieran genehmigt.

Bei Kapitel 68 Titel 3 meint der Abgeordnete Dr. Franz die Thätigkeit der Gewerberäthe und Fabrikinspektorate und macht darauf aufmerksam, daß eine Beratung des Ministeriums die Fabrikinspektorate anweise, in den Werkstätten, die unter Staatsleitung stehen, keine ordentliche Revision wie in den Privat-Werkstätten vorzunehmen. Eine derartige Unterordnung zwischen Privat- und Staatswerkstätten ist ungünstig. Serner sei es ein Uebelstand, daß die Gewerberäthe und Fabrikinspektorate zum Theil private Nebenämter innehaben, durch welche leicht eine Kollusion mit ihren so wichtigen amtlichen Plächen verhindert werden können.

Staatsminister Hoffmann führt aus, daß die Leiter von Staatswerkstätten in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte schon zur strengen Beachtung aller gelesenen Vorrichtungen berechtigt sind. Fabrikbetriebes verpflichtet seien und das daher die Aufsicht des Fabrikinspektors in den staatlichen Werkstätten nicht so streng durchgeführt zu werden scheint. Die Reaktion der Gewerberäthe und Fabrikinspektoren hätte sich sehr zu einer Kollusion mit den amtlichen Ämtern des betreffenden Beamten gefügt.

Hierauf gedenkt die Einnahmen mit 285,909 Mark ohne weitere Diskussion genehmigt. Gegen die ehemaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Bei dem Gut der Staatsarchivie macht Abgeordneter Schmidt (Stettin) darauf aufmerksam, daß über die schwere Ungleichheit des Materials der Archivie vielfach Klage geübt wurde. Ferner würden die Kuntzstunden von den Archivbeamten sehr viel zu Privat-arbeiten benutzt.

Abgeordneter Krapp macht darauf aufmerksam, daß die Untersuchung auf Trübsam in vielen Landestümern noch sehr im Angange steht.

Hierauf wird Titel 1—3 der Ausgaben bewilligt, zu Titel 4 wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark mit geringer Majorität abgelehnt, die Stelle somit beibehalten. Die zu Titel 9 beantragte Fünftausende für den Centralbüro, Postfach mit 1200 Mark wird auf den Antrag der Budgetkommission, entsprechend dem Verfahren des Hauses bei den vorhergehenden Beratungen der Guts der anderen Ministerien, gestrichen. Kapitel 67 wird hieran genehmigt.

Bei Kapitel 68 Titel 3 meint der Abgeordnete Dr. Franz die Thätigkeit der Gewerberäthe und Fabrikinspektorate und macht darauf aufmerksam, daß eine Beratung des Ministeriums die Fabrikinspektorate anweise, in den Werkstätten, die unter Staatsleitung stehen, keine ordentliche Revision wie in den Privat-Werkstätten vorzunehmen. Eine derartige Unterordnung zwischen Privat- und Staatswerkstätten ist ungünstig. Serner sei es ein Uebelstand, daß die Gewerberäthe und Fabrikinspektorate zum Theil private Nebenämter innehaben, durch welche leicht eine Kollusion mit ihren so wichtigen amtlichen Plächen verhindert werden können.

Staatsminister Hoffmann führt aus, daß die Leiter von Staatswerkstätten in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte schon zur strengen Beachtung aller gelesenen Vorrichtungen berechtigt sind. Fabrikbetriebes verpflichtet seien und das daher die Aufsicht des Fabrikinspektors in den staatlichen Werkstätten nicht so streng durchgeführt zu werden scheint. Die Reaktion der Gewerberäthe und Fabrikinspektoren hätte sich sehr zu einer Kollusion mit den amtlichen Ämtern des betreffenden Beamten gefügt.

Hierauf gedenkt die Einnahmen mit 285,909 Mark ohne weitere Diskussion genehmigt. Gegen die ehemaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Bei dem Gut der Staatsarchivie macht Abgeordneter Schmidt (Stettin) darauf aufmerksam, daß über die schwere Ungleichheit des Materials der Archivie vielfach Klage geübt wurde. Ferner würden die Kuntzstunden von den Archivbeamten sehr viel zu Privat-arbeiten benutzt.

Abgeordneter Krapp macht darauf aufmerksam, daß die Untersuchung auf Trübsam in vielen Landestümern noch sehr im Angange steht.

Hierauf wird Titel 1—3 der Ausgaben bewilligt, zu Titel 4 wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark mit geringer Majorität abgelehnt, die Stelle somit beibehalten. Die zu Titel 9 beantragte Fünftausende für den Centralbüro, Postfach mit 1200 Mark wird auf den Antrag der Budgetkommission, entsprechend dem Verfahren des Hauses bei den vorhergehenden Beratungen der Guts der anderen Ministerien, gestrichen. Kapitel 67 wird hieran genehmigt.

Bei Kapitel 68 Titel 3 meint der Abgeordnete Dr. Franz die Thätigkeit der Gewerberäthe und Fabrikinspektorate und macht darauf aufmerksam, daß eine Beratung des Ministeriums die Fabrikinspektorate anweise, in den Werkstätten, die unter Staatsleitung stehen, keine ordentliche Revision wie in den Privat-Werkstätten vorzunehmen. Eine derartige Unterordnung zwischen Privat- und Staatswerkstätten ist ungünstig. Serner sei es ein Uebelstand, daß die Gewerberäthe und Fabrikinspektorate zum Theil private Nebenämter innehaben, durch welche leicht eine Kollusion mit ihren so wichtigen amtlichen Plächen verhindert werden können.

Staatsminister Hoffmann führt aus, daß die Leiter von Staatswerkstätten in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte schon zur strengen Beachtung aller gelesenen Vorrichtungen berechtigt sind. Fabrikbetriebes verpflichtet seien und das daher die Aufsicht des Fabrikinspektors in den staatlichen Werkstätten nicht so streng durchgeführt zu werden scheint. Die Reaktion der Gewerberäthe und Fabrikinspektoren hätte sich sehr zu einer Kollusion mit den amtlichen Ämtern des betreffenden Beamten gefügt.

Hierauf gedenkt die Einnahmen mit 285,909 Mark ohne weitere Diskussion genehmigt. Gegen die ehemaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Bei dem Gut der Staatsarchivie macht Abgeordneter Schmidt (Stettin) darauf aufmerksam, daß über die schwere Ungleichheit des Materials der Archivie vielfach Klage geübt wurde. Ferner würden die Kuntzstunden von den Archivbeamten sehr viel zu Privat-arbeiten benutzt.

Abgeordneter Krapp macht darauf aufmerksam, daß die Untersuchung auf Trübsam in vielen Landestümern noch sehr im Angange steht.

Hierauf wird Titel 1—3 der Ausgaben bewilligt, zu Titel 4 wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark mit geringer Majorität abgelehnt, die Stelle somit beibehalten. Die zu Titel 9 beantragte Fünftausende für den Centralbüro, Postfach mit 1200 Mark wird auf den Antrag der Budgetkommission, entsprechend dem Verfahren des Hauses bei den vorhergehenden Beratungen der Guts der anderen Ministerien, gestrichen. Kapitel 67 wird hieran genehmigt.

Bei Kapitel 68 Titel 3 meint der Abgeordnete Dr. Franz die Thätigkeit der Gewerberäthe und Fabrikinspektorate und macht darauf aufmerksam, daß eine Beratung des Ministeriums die Fabrikinspektorate anweise, in den Werkstätten, die unter Staatsleitung stehen, keine ordentliche Revision wie in den Privat-Werkstätten vorzunehmen. Eine derartige Unterordnung zwischen Privat- und Staatswerkstätten ist ungünstig. Serner sei es ein Uebelstand, daß die Gewerberäthe und Fabrikinspektorate zum Theil private Nebenämter innehaben, durch welche leicht eine Kollusion mit ihren so wichtigen amtlichen Plächen verhindert werden können.

Staatsminister Hoffmann führt aus, daß die Leiter von Staatswerkstätten in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte schon zur strengen Beachtung aller gelesenen Vorrichtungen berechtigt sind. Fabrikbetriebes verpflichtet seien und das daher die Aufsicht des Fabrikinspektors in den staatlichen Werkstätten nicht so streng durchgeführt zu werden scheint. Die Reaktion der Gewerberäthe und Fabrikinspektoren hätte sich sehr zu einer Kollusion mit den amtlichen Ämtern des betreffenden Beamten gefügt.

Hierauf gedenkt die Einnahmen mit 285,909 Mark ohne weitere Diskussion genehmigt. Gegen die ehemaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Bei dem Gut der Staatsarchivie macht Abgeordneter Schmidt (Stettin) darauf aufmerksam, daß über die schwere Ungleichheit des Materials der Archivie vielfach Klage geübt wurde. Ferner würden die Kuntzstunden von den Archivbeamten sehr viel zu Privat-arbeiten benutzt.

Abgeordneter Krapp macht darauf aufmerksam, daß die Untersuchung auf Trübsam in vielen Landestümern noch sehr im Angange steht.

Hierauf wird Titel 1—3 der Ausgaben bewilligt, zu Titel 4 wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark mit geringer Majorität abgelehnt, die Stelle somit beibehalten. Die zu Titel 9 beantragte Fünftausende für den Centralbüro, Postfach mit 1200 Mark wird auf den Antrag der Budgetkommission, entsprechend dem Verfahren des Hauses bei den vorhergehenden Beratungen der Guts der anderen Ministerien, gestrichen. Kapitel 67 wird hieran genehmigt.

Bei Kapitel 68 Titel 3 meint der Abgeordnete Dr. Franz die Thätigkeit der Gewerberäthe und Fabrikinspektorate und macht darauf aufmerksam, daß eine Beratung des Ministeriums die Fabrikinspektorate anweise, in den Werkstätten, die unter Staatsleitung stehen, keine ordentliche Revision wie in den Privat-Werkstätten vorzunehmen. Eine derartige Unterordnung zwischen Privat- und Staatswerkstätten ist ungünstig. Serner sei es ein Uebelstand, daß die Gewerberäthe und Fabrikinspektorate zum Theil private Nebenämter innehaben, durch welche leicht eine Kollusion mit ihren so wichtigen amtlichen Plächen verhindert werden können.

Staatsminister Hoffmann führt aus, daß die Leiter von Staatswerkstätten in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte schon zur strengen Beachtung aller gelesenen Vorrichtungen berechtigt sind. Fabrikbetriebes verpflichtet seien und das daher die Aufsicht des Fabrikinspektors in den staatlichen Werkstätten nicht so streng durchgeführt zu werden scheint. Die Reaktion der Gewerberäthe und Fabrikinspektoren hätte sich sehr zu einer Kollusion mit den amtlichen Ämtern des betreffenden Beamten gefügt.

Hierauf gedenkt die Einnahmen mit 285,909 Mark ohne weitere Diskussion genehmigt. Gegen die ehemaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Bei dem Gut der Staatsarchivie macht Abgeordneter Schmidt (Stettin) darauf aufmerksam, daß über die schwere Ungleichheit des Materials der Archivie vielfach Klage geübt wurde. Ferner würden die Kuntzstunden von den Archivbeamten sehr viel zu Privat-arbeiten benutzt.

Abgeordneter Krapp macht darauf aufmerksam, daß die Untersuchung auf Trübsam in vielen Landestümern noch sehr im Angange steht.

Hierauf wird Titel 1—3 der Ausgaben bewilligt, zu Titel 4 wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark mit geringer Majorität abgelehnt, die Stelle somit beibehalten. Die zu Titel 9 beantragte Fünftausende für den Centralbüro, Postfach mit 1200 Mark wird auf den Antrag der Budgetkommission, entsprechend dem Verfahren des Hauses bei den vorhergehenden Beratungen der Guts der anderen Ministerien, gestrichen. Kapitel 67 wird hieran genehmigt.

Bei Kapitel 68 Titel 3 meint der Abgeordnete Dr. Franz die Thätigkeit der Gewerberäthe und Fabrikinspektorate und macht darauf aufmerksam, daß eine Beratung des Ministeriums die Fabrikinspektorate anweise, in den Werkstätten, die unter Staatsleitung stehen, keine ordentliche Revision wie in den Privat-Werkstätten vorzunehmen. Eine derartige Unterordnung zwischen Privat- und Staatswerkstätten ist ungünstig. Serner sei es ein Uebelstand, daß die Gewerberäthe und Fabrikinspektorate zum Theil private Nebenämter innehaben, durch welche leicht eine Kollusion mit ihren so wichtigen amtlichen Plächen verhindert werden können.

Staatsminister Hoffmann führt aus, daß die Leiter von Staatswerkstätten in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte schon zur strengen Beachtung aller gelesenen Vorrichtungen berechtigt sind. Fabrikbetriebes verpflichtet seien und das daher die Aufsicht des Fabrikinspektors in den staatlichen Werkstätten nicht so streng durchgeführt zu werden scheint. Die Reaktion der Gewerberäthe und Fabrikinspektoren hätte sich sehr zu einer Kollusion mit den amtlichen Ämtern des betreffenden Beamten gefügt.

Hierauf gedenkt die Einnahmen mit 285,909 Mark ohne weitere Diskussion genehmigt. Gegen die ehemaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Bei dem Gut der Staatsarchivie macht Abgeordneter Schmidt (Stettin) darauf aufmerksam, daß über die schwere Ungleichheit des Materials der Archivie vielfach Klage geübt wurde. Ferner würden die Kuntzstunden von den Archivbeamten sehr viel zu Privat-arbeiten benutzt.

Abgeordneter Krapp macht darauf aufmerksam, daß die Untersuchung auf Trübsam in vielen Landestümern noch sehr im Angange steht.

Hierauf wird Titel 1—3 der Ausgaben bewilligt, zu Titel 4 wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark mit geringer Majorität abgelehnt, die Stelle somit beibehalten. Die zu Titel 9 beantragte Fünftausende für den Centralbüro, Postfach mit 1200 Mark wird auf den Antrag der Budgetkommission, entsprechend dem Verfahren des Hauses bei den vorhergehenden Beratungen der Guts der anderen Ministerien, gestrichen. Kapitel 67 wird hieran genehmigt.

Bei Kapitel 68 Titel 3 meint der Abgeordnete Dr. Franz die Thätigkeit der Gewerberäthe und Fabrikinspektorate und macht darauf aufmerksam, daß eine Beratung des Ministeriums die Fabrikinspektorate anweise, in den Werkstätten, die unter Staatsleitung stehen, keine ordentliche Revision wie in den Privat-Werkstätten vorzunehmen. Eine derartige Unterordnung zwischen Privat- und Staatswerkstätten ist ungünstig. Serner sei es ein Uebelstand, daß die Gewerberäthe und Fabrikinspektorate zum Theil private Nebenämter innehaben, durch welche leicht eine Kollusion mit ihren so wichtigen amtlichen Plächen verhindert werden können.

Staatsminister Hoffmann führt aus, daß die Leiter von Staatswerkstätten in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte schon zur strengen Beachtung aller gelesenen Vorrichtungen berechtigt sind. Fabrikbetriebes verpflichtet seien und das daher die Aufsicht des Fabrikinspektors in den staatlichen Werkstätten nicht so streng durchgeführt zu werden scheint. Die Reaktion der Gewerberäthe und Fabrikinspektoren hätte sich sehr zu einer Kollusion mit den amtlichen Ämtern des betreffenden Beamten gefügt.

Hierauf gedenkt die Einnahmen mit 285,909 Mark ohne weitere Diskussion genehmigt. Gegen die ehemaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Bei dem Gut der Staatsarchivie macht Abgeordneter Schmidt (Stettin) darauf aufmerksam, daß über die schwere Ungleichheit des Materials der Archivie vielfach Klage geübt wurde. Ferner würden die Kuntzstunden von den Archivbeamten sehr viel zu Privat-arbeiten benutzt.

Abgeordneter Krapp macht darauf aufmerksam, daß die Untersuchung auf Trübsam in vielen Landestümern noch sehr im Angange steht.

Hierauf wird Titel 1—3 der Ausgaben bewilligt, zu Titel 4 wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark mit geringer Majorität abgelehnt, die Stelle somit beibehalten. Die zu Titel 9 beantragte Fünftausende für den Centralbüro, Postfach mit 1200 Mark wird auf den Antrag der Budgetkommission, entsprechend dem Verfahren des Hauses bei den vorhergehenden Beratungen der Guts der anderen Ministerien, gestrichen. Kapitel 67 wird hieran genehmigt.

Bei Kapitel 68 Titel 3 meint der Abgeordnete Dr. Franz die Thätigkeit der Gewerberäthe und Fabrikinspektorate und macht darauf aufmerksam, daß eine Beratung des Ministeriums die Fabrikinspektorate anweise, in den Werkstätten, die unter Staatsleitung stehen, keine ordentliche Revision wie in den Privat-Werkstätten vorzunehmen. Eine derartige Unterordnung zwischen Privat- und Staatswerkstätten ist ungünstig. Serner sei es ein Uebelstand, daß die Gewerberäthe und Fabrikinspektorate zum Theil private Nebenämter innehaben, durch welche leicht eine Kollusion mit ihren so wichtigen amtlichen Plächen verhindert werden können.

Staatsminister Hoffmann führt aus, daß die Leiter von Staatswerkstätten in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte schon zur strengen Beachtung aller gelesenen Vorrichtungen berechtigt sind. Fabrikbetriebes verpflichtet seien und das daher die Aufsicht des Fabrikinspektors in den staatlichen Werkstätten nicht so streng durchgeführt zu werden scheint. Die Reaktion der Gewerberäthe und Fabrikinspektoren hätte sich sehr zu einer Kollusion mit den amtlichen Ämtern des betreffenden Beamten gefügt.

Hierauf gedenkt die Einnahmen mit 285,909 Mark ohne weitere Diskussion genehmigt. Gegen die ehemaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Bei dem Gut der Staatsarchivie macht Abgeordneter Schmidt (Stettin) darauf aufmerksam, daß über die schwere Ungleichheit des Materials der Archivie vielfach Klage geübt wurde. Ferner würden die Kuntzstunden von den Archivbeamten sehr viel zu Privat-arbeiten benutzt.

Abgeordneter Krapp macht darauf aufmerksam, daß die Untersuchung auf Trübsam in vielen Landestümern noch sehr im Angange steht.

Hierauf wird Titel 1—3 der Ausgaben bewilligt, zu Titel 4 wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Stelle eines Landesabfertigers mit 4200 Mark mit geringer Majorität abgelehnt, die Stelle somit beibehalten. Die zu Titel 9 beantragte Fünftaus

